



Kleine Anfrage zu lascher Justiz

Justizminister redet Probleme mit nordafrikanischen Intensivtätern klein

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen übt harsche Kritik am Umgang der Justiz mit Wiederholungstätern, vor allem mit aus Nordafrika stammenden Intensivtätern. Oft werden sie schnell wieder auf freien Fuß gesetzt und fühlen sich durch milde Bestrafungen dazu ermuntert, weitere Straftaten zu begehen.

Künftig sollen sich die Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften nun korrespondierend zur Polizei aufstellen, in den größeren Städten NRWs soll das Justizpersonal schnell und nachhaltig aufgestockt werden, heißt es in einer Antwort von Landesjustizminister Kutschaty auf meine Fragen. Ob es angemessen sei, dass Intensivtäter oft gleich wieder freigelassen werden, mag Kutschaty nicht bewerten; das sei Sache der Justiz. Für den künftigen Umgang mit Intensivtätern nordafrikanischer Herkunft halte ich es für dringend notwendig, dass der Datenaustausch zwischen den Ausländerbehörden und der Justiz verbessert wird. Mehr: <http://kurzlink.de/GG160428>.

Gewalt im Hambacher Forst:

Landesregierung stiehlt sich aus der Verantwortung. Handeln ist geboten!

Statt einer entschlossenen Vorgehensweise offenbart sich erneut, dass die Landesregierung kein klares Konzept gegen die gewalttätigen Übergriffe am Tagebau Hambach verfolgt. Der Gewalt gegen Menschen und Maschinen muss aber endlich ein Ende gesetzt werden.

Mein Kollege Josef Wirtz und ich hatten den Landesinnenminister bereits vor Wochen dazu aufgefordert Stellung zu den Eskalationen am Hambacher Forst zu beziehen und eine klare Leitlinie vorzugeben. Dieser schiebt die Verantwortung jedoch ab und lässt die Polizei und die Staatsanwaltschaft vor Ort im Regen stehen (<http://kurzlink.de/GG160422a>).

Am vergangenen Sonntagmorgen wurde abermals deutlich, dass es endlich an der Zeit ist, entschlossen und konsequent gegen die radikalisierten Umweltaktivisten am Hambacher Forst vorzugehen. Dass durch einen massiven Brandanschlag auf die Stromkabel kein Mensch zu Schaden kam, ist ein glücklicher Umstand. Nachdem sich nun auch die Grünen, die lange mit den Aktivisten sympathisierten, von den Taten distanzieren, muss der Landesinnenminister keine Rücksicht mehr auf seinen Koalitionspartner nehmen (<http://kurzlink.de/GG160426>).

Fachgespräch

RWE Betriebsräte und IG BCE Vertreter im Landtag



Vergangene Woche diskutierten mehrere Landtagskollegen und ich mit Betriebsräten und Gewerkschaftern über die aktuelle Energiepolitik auf Bundes- und Landesebene.

Gemeinsam mit den Fraktionskollegen Josef Hovenjürgen, Josef Wirtz, Hubertus Fehring, Claudia Midendorf und Dr. Gerd Hachen tauschten wir uns u.a. auch mit dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der RWE Power Harald Louis, über die Situation der rheinischen Braunkohle und Energieindustrie sowie über die Verwerfungen am Strommarkt aus. Die Gefährdung von Arbeitsplätzen in unserer Region war ebenso ein Thema.

Die CDU NRW nimmt die Sorgen der Beschäftigten im rheinischen Revier sehr ernst. Wir setzen uns für die Sicherung der Arbeitsplätze in der Energiebranche in NRW ein. Mehr: <http://kurzlink.de/GG160427>.